

gelangen war, begab sich Oberkommissär Lehner ans Zählen der vorhandenen Katzen. Es war indes nur noch eines der drei sechs Wochen alten Tiere, die zu verschenken sich Vellay per Anzeige bereit erklärt hatte, im Haus. Zwei waren schon an einen Nachbarn abgegeben worden. Den Namen dieses Nachbarn schrieb sich Lehner in sein Notizbuch, nachdem er vorher schon die Zeitungsagentur vermerkt hatte, bei der die fragliche Anzeige aufgegeben worden war.

Die Trümpfe des Polizisten waren aber damit noch keineswegs ausgespielt. Er wandte sich nun an Frau Vellay: „Ich habe noch eine Frage an Sie, Sie brauchen sie nicht zu beantworten. Gestern nachmittag hat ein Auto vor Ihrer Haustür gehalten. Der Fahrer, ein kleiner Mann, ging in Ihr Haus und kam dann mit einem großen Sack wieder heraus. Was war da los?“

Frau Erna Vellay konnte dem Polizisten erklären, daß ihre schmutzige Wäsche jeden Samstag von einem Auto der Wäscherei Labertal abgeholt werde. Um dieses Auto habe es sich gehandelt. Oberkommissär Lehner und sein Begleiter verabschiedeten sich daraufhin, nicht ohne vorher vorsorglich auch noch die Anschrift der Wäscherei zu Buch genommen zu haben.

Meint der FDP-Vorsitzende Vellay im niederbayerischen Kreis Mallersdorf: „Nach soviel Phantasie wurde mir etwas schwach, und ich versuchte festzustellen, welchem verhinderten McCarthy im Landkreis ich diese Aufmerksamkeiten zu verdanken habe, leider ohne Erfolg.“

Eingeklemmt zwischen Ironie und bitterer Resignation bedenkt Vellay, wie er seine Zeitungsanzeige formulieren muß, falls er wieder einmal junge Katzen verschenken und keine polizeiliche Befragung riskieren will.

FRÜHKARTOFFELN

Der EVG geopfert

In den abendlichen Radionachrichten des 9. Juni brachte der NWDR die Meldung, der Deutsche Gewerkschaftsbund habe die Bundesregierung aufgefordert, die Frist für die Einfuhr von Frühkartoffeln aus Italien über den vorgesehenen Schlußtermin — den 10. Juni — hinaus zu verlängern.

Zu diesem Vorstoß in Bonn hatte sich der DGB im Interesse der Verbraucherschaft berufen gefühlt. Als Anlaß dazu diente ihm eine Warnung, mit der die Bauernverbände der Bundesrepublik alle Frühkartoffel-Produzenten aufgerufen hatten, in diesem Jahre keinesfalls zu früh mit dem Kartoffelrod zu beginnen, um eine Überschwemmung des Marktes und Preiseinbrüche zu verhindern. Die Gewerkschafter witterten darin eine preistreibende künstliche Verknappung durch die Grüne Front.

Seit diesem Querschuß der Gewerkschaften höhnen die Bauernreferenten, die von Düsseldorf propagierte gewerkschaftliche Verbraucherpolitik sei bei den Kartoffeln genau nach der verkehrten Seite ausgeschlagen. Denn der durch übermäßige Importe hervorgerufene Preisverfall beim Erzeuger während der diesjährigen Frühkartoffelernte sei keineswegs den Verbrauchern zugute gekommen. Vielmehr habe sich der Handel, mit Ausnahme einiger Importeure, seine Frühkartoffeln diesmal mit hohen Verdienstspannen vergolden können.

Der Anfang der Kartoffelfehde fällt auf den 6. April. An diesem Tage stieg auf der Stazione Termini in Rom der Chef der

Außenhandelsabteilung in Bonns Auswärtigem Amt, Vollrath Freiherr von Maltzan, aus dem Zuge. Er kam, um einen neuen Handelsvertrag mit Italien abzuschließen. Seine landwirtschaftlichen Berater, angeführt von Ministerialdirigent Dr. Stalman aus dem Ernährungsministerium, hatten einen von den westdeutschen Bauernverbänden gutgeheißenen Vorschlag für die Regelung der Frühkartoffel-Einfuhr mitgebracht.

Nach diesem Vorschlag sollten alle Importeure aus Italien sofort gestoppt werden, sobald in Westdeutschland die Preise für Frühkartoffeln unter 25 Mark je Zentner sinken würden. Diesen Anfangspreis müssen die Bauern nach ihrer Kalkulation etwa eine Woche lang zum Erntebeginn gezahlt bekommen, wenn sich die mühsame Anbauarbeit lohnen soll. Auch deshalb, weil



Schmutzige Wäsche am Samstag
Katzenhalter Rudolf Vellay

Frühkartoffeln nur ein Drittel des Flächenertrages der späten Sorten bringen.

Mit diesem Kartoffel-Stopp aber konnten sich die italienischen Unterhändler nicht befreunden. Sie sagten Maltzan bei den Verhandlungen, vierzehn Tage vorher sei Bundeskanzler Dr. Adenauer auf der Rückreise von seinen Balkan-Staatsbesuchen in Rom gewesen und habe verbindlich zugesagt, daß die italienische Agrarzufuhr nach Westdeutschland in diesem Jahre nicht schlechter gestellt werden solle als 1953. Um die EVG-Begeisterung des immer noch mit der Vertragsratifizierung zögernden italienischen Parlaments zu heben, hatte Dr. Adenauer tatsächlich aufmunternde Zusagen gegeben, die in Rom Hoffnungen auf den Abbau des 500-Millionen-Mark-Defizits im Außenhandel mit der Bundesrepublik erweckten.

Als Freiherr von Maltzan schließlich am 16. April den fertigen Handelsvertrag in die Aktentasche steckte, mußte er ein deutsches Frühkartoffel-Opfer für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft mit

nach Hause nehmen. Westdeutschland hatte sich verpflichtet, bis zum 10. Juni für 12,6 Millionen Mark italienische Frühkartoffeln ins Land zu lassen und diesen Vertrag sogar auf 16,8 Millionen Mark zu erhöhen, falls die deutsche Ernte am 31. Mai noch nicht reif sei.

Italiens Kartoffelbauern hatten Glück. Wegen der Frühjahrskälte konnten ihre Kollegen nördlich der Alpen erst zehn Tage später als gewöhnlich zu roden anfangen. Die Italiener stockten also ihre Exporte auf. Am Stichtag, dem 10. Juni, teilten sie außerdem mit, durch einen Gesteinsturz auf die Brennerbahn sei es leider nicht möglich, die bereits abgeschlossenen Lieferungen bis zum Schlußtermin bei Fortezza über die Grenze zu fahren.

So kam es, daß die letzten italienischen Transporte erst am 16. Juni in München eintrafen. Sie wurden zu den 500 Waggons aufs Abstellgleis geschoben, die dort schon seit Tagen auf Käufer warteten. Am 24. Juni mußten die ersten 30 Ladungen in die Spritfabriken gefahren werden, weil die Kartoffeln schlechtgeworden waren. Noch am Ultimo stand eine Anzahl nicht abgerufener Waggons in München auf dem Güterbahnhof.

Inzwischen hatte nämlich die westdeutsche Ernte begonnen. Zum Entsetzen der Landwirte gingen die Frühkartoffelpreise unter dem Gewicht der 68 000 Tonnen südlicher Erdäpfel, die insgesamt über den Brenner nach Norden gerollt waren, zu Boden. 1953 hatte Westdeutschland in Italien nur 47 500 Tonnen, 1952 sogar nur 40 500 Tonnen Frühkartoffeln eingekauft.

Schon zwei Tage nach Erntebeginn bekamen die deutschen Bauern im Rheinland statt des erhofften Zentnerpreises von 25 Mark nur 18 Mark bezahlt. Am 22. Juni waren es nur noch 9 bis 11 Mark und einen Tag später 7 Mark. Seitdem pendelt der Preis zwischen 7 und 9 Mark pro Zentner.

Mit den Bauern begannen auch die Importeure zu klagen. Sie behaupten, ohne Fracht und Zoll bereits 12 bis 14 Mark je Zentner Einkaufspreis gezahlt zu haben. Münchner Importfirmen meldeten Verluste bis zu 100 000 Mark an. Westdeutschlands Landwirte aber sind doppelt verärgert, weil sie nicht nur den Verdienstaustausch hinnehmen mußten, sondern auch die Entrüstung aller Hausfrauen über die hohen Frühkartoffelpreise auf ihre Kappe bekamen.

Denn das ist die eigentümlichste Erscheinung in der diesjährigen Frühkartoffel-Schlacht: Beim Einzelhändler kostete das Pfund noch immer um die 20 Pfennig, als die Bauern für den Zentner schon seit Tagen kaum noch 10 Mark erzielten.

BESATZUNGSBAUTEN

Neue Westwall-Konjunktur

In dem Berg Petitionen, der sich täglich auf dem Schreibtisch des Sprechers im amerikanischen Repräsentantenhaus häuft, fand Mr. Joseph Martin im vergangenen Monat auch die Eingabe von zwölf hessisch-pfälzischen Bauunternehmen. In ausführlichen Schriftsätzen mußte sich Sprecher Martin in diesen Eingaben vorrechnen lassen, das Heidelberger Hauptquartier der europäischen US-Armee schulde etwa hundert deutschen Baufirmen noch fast 50 Millionen Mark für Besatzungsbauten.

Ein Hilferuf der Baufirmen an die Bundesregierung in Bonn war schon vorher ohne Erfolg geblieben. Justizminister Neumayer konnte die auf Bezahlung war-

tenden Unternehmer nur dahingehend aufklären, „daß eine Rechtsverfolgung gegen Dienststellen der US-Besatzungsmacht vor deutschen Gerichten ausgeschlossen ist“. Selbst Kanzler Adenauer konnte nichts machen. Bauunternehmer Willy Lattemann aus Darmstadt hatte vergeblich geschrieben: „Wir wären Ihnen, hochverehrter Herr Bundeskanzler, sehr verbunden, wenn Sie helfend eingreifen könnten.“

Auch Willy Lattemann hatte an die große Chance geglaubt, als vor drei Jahren die neue Westwall-Konjunktur in der Pfalz über die Bauunternehmungen hereinbrach. Die gesamte Bauwirtschaft der Bundesrepublik, die durch den großen Zustrom ostdeutscher Unternehmer trotz der Wohnbaukonjunktur übersetzt ist, stürzte sich blind in das Abenteuer des Besatzungsbaus, als zwischen Rhein und Saar Milliarden-Aufträge vergeben wurden. Manche sind an dem neuen Westwall-Boom gescheitert.

Sie lernten am eigenen Leibe den Unterschied zwischen einem normalen zivilrechtlichen Vertragsverhältnis und einem amerikanischen Requisitions-Auftrag auf Grund der Haager Landkriegsordnung kennen und konnten den Zusammenprall von amerikanischem und deutschem Baudenken beobachten.

Die Amerikaner kennen nur den Contractor, also den Generalunternehmer, der jedes Großbauvorhaben schlüsselfertig liefert und dazu alle Fachkräfte als angestellte Fachabteilungen unterhält.

In Deutschland geht das schon deshalb nicht, weil beispielsweise die Kraftwerke nur mit den zugelassenen Installateuren arbeiten, die ihnen die Installation nach VDE-Vorschrift verbürgen.

Da der Bauunternehmer Willy Lattemann bis zum Kriegsausbruch dreizehn Jahre lang in den USA gearbeitet hatte, glaubte er beide Seiten zu kennen. Er bewarb sich um Bauten, bekam den Zuschlag, und auch er, der gleichermaßen deutsch und englisch telephonierte, läuft heute dennoch verbittert seinem verlorenen Gelde nach.

Sein Ärger begann mit dem Projekt FR 500.013/014, zwei amerikanischen Standard-Wohnblocks in Darmstadt-Ludwigshöhe. Sie sollten ursprünglich in der Nähe der Ernst-Ludwig- und der Leibgrenadier-Kaserne errichtet werden, die Amerikaner aber setzten gegen den Widerstand der Stadt den Bau an einem Hang des Stadtrandes durch. Über diesen Streit, ob Hangbebauung oder Kasernennähe, vergingen vom Juni bis August 1951 zwei wertvolle Monate.

Die Bausumme für die beiden Blocks betrug 1 330 000 Mark, auf die endlich Ende August der erste 6GA-Schein in Höhe von 350 000 Mark ausgestellt wurde. Dieses „6GA“ war vier Jahre lang zwischen Rhein und Pfalz die Zauberformel, nach der über die eingeschalteten Oberfinanzdirektionen und Landeszentralbanken der Milliardenberg der Besatzungskosten auf die Bankkonten der Bauunternehmer abfloß. Der 6GA-Schein ist ein „Requisition Demand“, auf Deutsche Mark lautend, kein Vertrag, sondern ein Befehl, der seine Tücken hat.

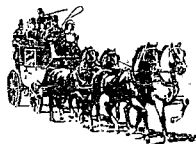
In 180 Tagen muß meist ein Besatzungsbau erstellt sein. Hält der deutsche Unternehmer diesen Termin nicht ein, dann trifft ihn eine Konventionalstrafe. Sie beträgt ein Prozent der Bausumme je Tag



ab
DM 1.50

DM
1.75

Mouson Lavendel



Mit der Postkutsche

(Eingetragenes Warenzeichen)

auch in fester Form als
Lavendozon

*Mouson Lavendel-vergiß es nie -
schenkt Freunde Dir und Sympathie*

MOUSON-Erzeugnisse sind auch in Österreich, der Schweiz, den Beneluxstaaten, Skandinavien und in etwa 50 anderen Ländern der Welt in **Originalqualität** zu haben.

für die ersten fünf Tage. Das wären beim Darmstädter Projekt FR 500.013/014 allein 66 500 Mark. Willy Lattemann tat alles, um nicht in Verzug zu geraten.

Am 30. August 1951 bekommt er nicht nur die erste Zahlungsanweisung, sondern auch die Bauzeichnungen. Dabei fehlt nur eins: die Vermessungsunterlagen. Es war nicht das Schlimmste, daß Lattemann nun täglich dreimal beim Northern Area Command in Frankfurt Besuch machte, um in irgendeiner Schreibstube doch noch die Vermessungsunterlagen für seinen Bau aufzutreiben. Das Schlimmste war der Zeitverlust von zehn Tagen, der von den 180 Bautagen nutzlos vertan war.

Als die Vermessungsunterlagen da waren, fehlte die Festlegung der Gebäudeachse. Niemand konnte Willy Lattemann die Höhe der Gebäude sagen. Davon hing aber der Erdaushub ab, den Lattemann mit 1845 Kubikmetern taxiert hatte.

Am 25. September, die Sonne neigt sich schon, bekommt er endlich die Höhenangaben für seine Bauten und stellt fest, daß jetzt der Erdaushub nicht mehr 1845 Kubikmeter, sondern 4060 Kubikmeter betragen wird. Und dann geschieht das Niederschmetternde: Nach zwei Metern Schaufelei stoßen die Bauarbeiter auf Fels, gesund gewachsenen Granit. Über zweitausend Kubikmeter Fels wird Lattemann sprengen müssen.

Jeden Kubikmeter gewöhnlichen Sand, den eine Baufirma aushebt, berechnet sie mit vier bis fünf Mark. Der Aushub von Fels aber kostet das Zehnfache, zwischen 32 und 50 Mark je Kubikmeter. Jetzt ist es nicht mehr der Zeitverlust allein, der Willy Lattemann nicht mehr schlafen läßt, jetzt geht es ans Geld. Denn alle Besatzungsbauten werden auf „lump sum agreement“ abgeschlossen, was ein etwa burschikoser Ausdruck für den deutschen Begriff „Pauschalvergütung“ ist. Sie beträgt nach wie vor 1 330 000 Mark für Lattemanns Objekt.

Das alles passierte im Jahre 1951. Damals wurden Bauholz und Stabeisen noch nicht so feilgeboten wie heute. Und die Indexziffer für Bauholz machte wilde Kurven: 1936 = 100, 1950 = 212, 1952 = 365. Erst 1953 beruhigte sich das Preisbild. Ähnliche Indexsprünge machten die Preise für Zement, Kalk, Mauersteine und Dachziegel.

Um das Projekt FR 500.013/014 nicht stillliegen zu lassen, geht der Bauunternehmer Lattemann auf den grauen Markt. In München gibt es Moniereisen für 900 Mark die Tonne. „Ich möchte nur wissen, wo in München eine Eisenhütte steht“, fragt sich Lattemann noch heute. Aber alle seine dunkelgrauen Preise gingen auf in seinem „lump sum agreement“, das über 1 330 000 Mark lautete.

Der Felsaushub allein erforderte 70 000 Mark Mehrkosten, die Fehlplanung etwa 80 000 Mark und die Konventionalstrafe wegen der Zeitverluste 90 000 Mark. Als Willy Lattemann die Schlußrechnung für das Projekt Darmstadt-Ludwigshöhe macht, hat er 234 871,10 Mark mehr als ursprünglich einkalkuliert aufwenden müssen, ungerechnet 60 000 Mark Bankzinsen. Wie ihm ging es Dutzenden von Baufirmen in der Pfalz und Hessen.

Für sie alle stellte der Hauptverband der deutschen Bauindustrie in seinem 1953er Geschäftsbericht über die Besatzungsbauten zwischen Rhein und Pfalz fest: „Die deutsche Verdingungsordnung geht von dem Grundsatz aus, daß die Leistung, die vom Bauunternehmer gefordert wird, so eindeutig zu beschreiben und klarzustellen ist, daß Risiken, die sich aus Mißverständnissen bei der Auslegung der Ausschreibungsunterlagen ergeben können, ausgeschlossen werden. Der Auftraggeber ist für die Klarheit seines Auftrages verantwortlich. Bei den amerikanischen Auf-

trägen war das Gegenteil der Fall. Die Unklarheit war nicht die Ausnahme, sondern die Regel.“

Eigentümlich ist nun, daß fast alle Bauunternehmer, obwohl durch den Ablauf der ersten Projekte gewarnt, sich unter noch größerem Einsatz an weiteren größeren Projekten beteiligten. Sie taten es in der Hoffnung, dabei ihre Verluste wieder wettzumachen. So auch Willy Lattemann, der sich im Juli 1952 um zwei Großprojekte bewarb: je ein Tausend-Betten-Lazarett in Münchweiler bei Pirmasens und in Neu-



Wer bezahlt die Westwallbauten?
Ansprüche: Bau-Unternehmer Lattemann

brücke bei Baumholder. Lattemann übernimmt die Erstellung der Kesselanlagen für die beiden Lazarette. Die Bausumme beträgt 2 650 000 Mark.

Aber auch dieses Mal hat Lattemann kein Glück: Zunächst fehlen in den Konstruktionszeichnungen sowohl die Kohlenals auch die Aschenschächte. Dann sollen die ursprünglich mit sechs bis acht Millionen Wärmeeinheiten zu fahrenden Kessel plötzlich 13 bis 14 Millionen leisten. Über diesen Streit der Fachleute, deren Kompetenzen sich dutzendmal überschneiden und die sich täglich über die Größe der Kesselhäuser, die Stärke der Fundamente und die Wege der Leitungen zanken, wird es Weihnachten 1952, ohne daß die dringenden Terminbauten vorankommen.

Sie können gar nicht vorankommen, denn inzwischen bricht ein Winter herein, wie es ihn seit vierzig Jahren nicht mehr gegeben hat. Schon ab Oktober 1952 regnet es, und im November gießt es in Strömen. Pionier-Captain Cole, der schon die Burmastraße gebaut hat, kommentiert: „Wir haben ja beim Bau der Burmastraße geschwommen, aber hier kann ich vor Regen nicht mehr bis zum nächsten Mast sehen.“

Dazu bricht der Frost ungewöhnlich früh ein: Drei Viertel aller Novembertage haben bereits Frost, und der Dezember 1952 hat in der Pfalz nur zwei Tage über Null. Das stürzt alle Bauunternehmen in Kosten und Terminnöte, denn noch immer wird in

einem Tempo gebaut, als ob der Russe vor der Tür stünde.

Über die finanzielle Bewertung dieses Wetters zwischen 1952 und 1953 streiten sich das Heidelberger Hauptquartier und etwa hundert deutsche Bauunternehmer heute noch. Was nach deutschem Baurecht „ungewöhnlich schlechtes Wetter“ ist, das kostspielige Frostschutzmaßnahmen nötig macht, die der Bauunternehmer in Rechnung stellen kann, ist nach Auffassung der amerikanischen Dienststellen lediglich „unbeständiges Wetter“, das der Bauunternehmer einkalkulieren muß.

Von dieser wesentlichen Differenz heißt es im Geschäftsbericht des Hauptverbandes für 1953: „Als besonders schwerwiegend ist die Weigerung der Besatzungsbehörden anzusehen, Mehrkosten zu begleichen, die für Winterarbeiten . . . entstanden sind. Nachdem den Baufirmen zunächst schriftlich erklärt worden war, daß bei Kältegraden von minus 2 Grad Celsius abwärts eine Arbeitsunterbrechung eintreten dürfe, wurde diese Anordnung später einseitig wieder aufgehoben und darauf hingewiesen, daß eine Arbeitsunterbrechung erst von minus 7 Grad ab erlaubt sei.“

Hinzu kamen noch die Schwierigkeiten, die durch nachträgliche Änderungswünsche entstanden. So wies beispielsweise im Offiziersquartier Zweibrücken der zuständige Ingenieur-Offizier die als Fußbodenbelag vorgesehenen Terrazzoplatten zurück und verlangte Kunstmarmorplatten. Heute ist dieser Offizier längst nach Hawaii versetzt. In einem anderen Hause wurden Badeanlagen aus Messing installiert. Bei einer Besichtigung kommt ein Major hinzu und sagt: „Raus mit dem Dreck! Haben Sie noch nie etwas von Chrom gehört?“

Bauunternehmer Willy Lattemann hat inzwischen die Blätter seiner Schriftsätze gezählt, die er von 1951 bis 1954 angefertigt hat: es sind achttausend Seiten. Auf diesen Blättern hat er seine „Claims“ begründet, wie alle Ansprüche gegen die amerikanische Armee heißen, die über das jeweilige „lump sum agreement“ hinausgehen und nicht durch nachträgliche Bewilligungen („Change orders“) gedeckt sind.

Wie Lattemann, so hoffen auch seine geschädigten Kollegen jetzt darauf, daß die Eingabe an Sprecher Martin vom Abgeordnetenhaus Washington ihnen zu ihrem Geld verhelfen wird. Bei einigen Firmen jedoch würden auch diese verspäteten Zahlungen aus dem aufgewärmten Westwall-Boom nur noch in die Konkursmasse fließen.

GESCHÄFT-MACHER

12 Englein haben viel zu tun

Luft- und Sonnenanbeter, die sich in diesem Sommer auf dem Freibadestrand der Insel Sylt aller Hüllen bar in voller Abgeschiedenheit erholen wollen, mußten fürchten, sie würden sich eines Tages womöglich in irgendeinem Photomagazin wiederfinden: Ein Walter Thiele hatte von Frankfurt/Main aus mit großem Flugblatt-Aufgebot für ein Sylter „Freilicht-Sommer-Foto-Studio“ geworben. Für 50 Mark Gebühr pro Person hatte Thiele photographisch und einschlägig interessierte zu achttägigen „Lehrgängen moderner Lichtbildkunst mit 15 bildhübschen Fotomodellen“ und „täglichem Foto-Filmbetrieb zwischen Dünen und Meer“ samt „FKK-Akt“ eingeladen.

Aber die Abenteurer, die sich noch in den letzten Wochen empfehlungsgemäß beim Thiele-Studio, Frankfurt am Main, Gutleutstraße 294, angemeldet haben, brauchen auf eine Antwort nicht mehr zu warten.

Thiele, 33, hat sein Freilichtunternehmen aufgesteckt, bevor noch Insulaner, hüllen-